

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 19. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Herabsetzung der deutschen Militärmacht.

Saag, 19. Februar. (Holländisch Nieuwsbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Die Waffenstillstandskommission hat heute im Bureau von Marshall Foch eine Beratung abgehalten. Auf der Tagesordnung stand die Herabsetzung der deutschen Militärmacht.

Von seiten Deutschlands muß dies jedoch zuerst geschehen. Gleichzeitig mit der Herabsetzung der Heeresstärke muß die deutsche Erzeugung an Artillerie, Munition und anderem Kriegsmaterial reduziert werden, so daß bestimmte Teile der Waffenindustrie in Deutschland ausgeschaltet sind.

Verzweifelte Lage in Petersburg.

Das Volk sehnt sich nach einer Intervention. London, 18. Februar. Neuter gibt über die Lage in Rußland noch Einzelheiten bekannt: Die Lage der Arbeiter ist unter der bolschewistischen Regierung verzweifelt, und die Ernährungsfrage in Petersburg gestaltet sich immer schwieriger.

Amsterdam, 18. Februar. Der 'Times' wird aus Helsingfors gemeldet, daß Trotski Befehl gegeben hat, daß das bolschewistische Heer in Ostland und Woland auf der ganzen Linie Narwa-Plow-Wolmar zum Angriff übergeht.

Die internationalen Frauen gegen den Hungerkrieg.

Bern, 18. Februar. Die Internationale Frauenkonferenz in Bern sandte an die Pariser Konferenz die telegraphische Bitte, die Blockade sofort aufheben zu lassen, weil die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes Anarchie erzeuge.

Osag, 18. Februar. Eine Versammlung des internationalen Frauenbundes in Westminster nahm laut 'Manchester Guardian' folgende Entschliessung an: Der Weltbund Wilsons kann nicht auf einem Kontinent eingerichtet werden.

Die Polen stellen die Kämpfe nicht ein.

Warschau, 19. Februar. Trotz der völligen Einstellung der Feindseligkeiten unsererseits haben die Polen im Laufe des gestrigen Tages an verschiedenen Stellen des Westmittels in hinterhältiger Weise unsere Linien mit Infanterie- und Artilleriefeuer belegt.

Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente.

Berlin, 19. Februar. Die drei alliierten Unterkommissionen für die Schiffahrt-, Lebensmittel- und Finanzfragen werden, wie die Wegner am 18. Februar in Spaan mitteilten, wahrscheinlich am 21. Februar dort eintreffen.

Hindenburg und Scheidemann.

Da in der Presse mehrfach die Veröffentlichung des Briefes des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann gewünscht wurde, erfolgt sie hier zugleich mit dem Antwortschreiben Scheidemanns:

Großes Hauptquartier, den 16. Februar 1919. Euer Erzgeßellng haben in der Sitzung der Nationalversammlung den General Lubendorff als 'Hazardeur' bezeichnet.

Darauf antwortete Scheidemann: Burzeit Weimar, den 19. Februar 1919. Euer Erzgeßellng darf ich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß meine Neuerung über den General Lubendorff Euer Erzgeßellng verletzt hat.

Ich bleibe mit der Versicherung meiner Hochachtung Euer Erzgeßellng ganz ergebener Philipp Scheidemann.

Finanzielle Ansprüche eines ehemaligen Großherzogs. Man schreibt uns aus Oldenburg: Der in den Revolutionstagen entthronte Großherzog Friedrich August von Oldenburg hat jetzt der oldenburgischen Volksvertretung gegenüber finanzielle Ansprüche gestellt.

Sozialdemokratie, Gemeindearbeiter und Gemeindebeamte.

Von Emil Dittmer.

Berlin muß ein soziales Gemeinwesen werden! Das ist die entscheidende Frage, vor der die Wähler am 23. Februar gestellt sind.

Bis zu den Tagen der Revolution konnte sich die Stadtverwaltung noch immer nicht entschließen, auf dem Wege geordneter tariflicher Vertragsabschlüsse die Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Wehlich lagen die Verhältnisse bezüglich der gesamten sozialen Bedingungen für die Angestellten und Arbeiter. Jah und andauernd mußten die gewerkschaftlichen Organisationen jahrelang darum kämpfen, auch nur ein kleines über den Marktwert der Ware Arbeitskraft hinauszukommen.

Gewiß hat die erste Phase der Revolution bereits mit manchem aufgeräumt, das ehedem so echt 'fortschrittlich' anmutete. Aber nun soll neu aufgebaut werden!

Die Neuwahl der Behörden, also der höchsten verantwortlichen Stellen (in den Gemeinden die Bürgermeister) wird dreist in eine 'Neuwahl der Beamten' umgefaßt.

Der Sozialismus will gerade für alle Staatsbürger eine größere Sicherung ihres Arbeitsverhältnisses. Umfangreiche Kommunalisierung vieler privatwirtschaftlicher Betriebe soll den Arbeitern und Beamten ein stabileres, dauerndes Arbeitsverhältnis gewährleisten.

Die pedantische Unterscheidung der Beamtenklassen nach dem bisherigen Protektions- und Prüfungssystem wollen wir allerdings nicht dauernd aufrechterhalten! Es muß auch den begabten 'unteren' Beamten der Aufstieg ermöglicht werden.

Der Privilegienwirtschaft sagt die Sozialdemokratie allerdings grimmige Fehde an und niemand kann sie dabei so sachdienlich beraten, als just die Gemeindeangestellten, denen so manches zu Ohren und vor Augen gekommen ist.

Die bürgerliche Stadtverwaltung Berlins hat vieles mitverschuldet in früheren Jahren, was heute zu riesengroßen Kalamitäten geführt hat.





